

DIE LINKE. *im Rat*

Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal

Nr. 27 · März 2013



Liebe Leserin, liebe Leser,

bereits im vergangenen Jahr stellte die Ratsfraktion DIE LINKE im Rat der Stadt den Antrag, dass die Verwaltung das 8. Schulrechtsänderungsgesetz umsetzt. Hinter diesem sperrigen Gesetzestitel verbirgt sich die **Möglichkeit, an Grundschulen die Klassengrößen zugunsten kleiner Klassen** zu beeinflussen. Dieses Gesetz ist ein Steuerungsinstrument, mit dem die Kommunen berechtigt sind, die Größen der Eingangsklassen im gesamten Stadtgebiet selbst zu bestimmen. Dies bietet die Möglichkeit, das qualitativ hochwertige Grundschulangebot besonders an Grundschulen, die in sozialen Brennpunkten liegen, zu sichern. Diese Planung würde die Entstehung großer Klassen verhindern und den LehrerInnen erleichtern, die SchülerInnen zu fördern.

Leider scheiterte die Ratsfraktion mit ihrem Antrag. Die Ratsmehrheit wies ihn ab mit dem Hinweis, dass die Verwaltung alles tue, um größere Klassen in bestimmten Vierteln zu verhindern. Nun, weil drei Monate nach dieser Ratssitzung noch nichts passiert ist, kritisiert die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft immer noch die Verteilung der Eingangsklassen und fordert für Grundschulen in sozialen Brennpunkten kleine Klassen.



Helin Argav,
Stadtverordnete

Die EU-Kommission plant die Wasserprivatisierung durch die Hintertür. Mit einer EU-Konzessionsrichtlinie soll die bisher vergabe-rechtsfreie Wasserversorgung einer Ausschreibungspflicht unterworfen werden. Damit besteht die Gefahr, dass die Belieferung der Menschen mit Trinkwasser de facto privatisiert würde.

Der Wert des Wassersektors in der EU wird auf einen dreistelligen Milliardenbetrag geschätzt. Das weckt Begehrlichkeiten. Große Wasserkonzerne wie Veolia warten seit Jahren auf die Privatisierung. Die EU-Kommission versucht nun, die Kommunen mit Hilfe besagter Richtlinie in Richtung Privatisierung zu drängen.

In Portugal und Griechenland wird der Ausverkauf des Wassersektors schon jetzt vorange-trieben. Auch hier ist die EU die treibende Kraft. Dies, obwohl die Erfahrungen mit Privatisierungen in vielen Bereichen gezeigt haben, dass sich die Versorgung der Bevölkerung, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und der Service für die BürgerInnen verschlechtert haben.

Nein zur Wasserprivatisierung

Deshalb hat DIE LINKE in die letzte Ratssitzung eine Resolution eingebracht, in der es heißt:

„1. Der Rat der Stadt Wuppertal fordert die Europäische Kommission auf, ihre Pläne, die Wasserversorgung durch die Hintertür zu privatisieren, fallen zu lassen.

2. Der Rat der Stadt Wuppertal stellt fest, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser ein zentrales öffentliches Gut ist. Es ist Aufgabe aller Ebenen, von der Europäischen Union über die Bundes- und Landesregierungen bis zu den

Städten und Gemeinden, dafür zu sorgen, dass alle Bürger und Bürgerinnen einen universellen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung haben.“ Dieser Resolution konnten CDU, SPD, FDP und WfW nicht zustimmen.

Erstaunlich! Schließlich sind 82 Prozent der Deutschen der Meinung, dass die Wasserversorgung in den Händen der Städte und Gemeinden bleiben soll. Sie sind mit uns der Meinung, dass Wasser ein Menschenrecht ist und nicht dem Streben nach maximalen Gewinnen unterworfen werden darf.

Aber im Rat unserer Stadt findet diese Meinung keine Mehrheit. Wenn die FDP in der Stadt das Sagen hätte, wären vermutlich schon alle kommunalen Betriebe privatisiert. Die WfW scheint das ähnlich zu sehen. CDU und SPD sind der Auffassung, dass dieses Thema nicht in den Rat gehört, da der Rat sich nicht mit Angelegenheiten der EU zu beschäftigen habe. DIE LINKE meint dagegen: Wenn die kommunale Wirtschaft in unserer Stadt von Richtlinien der EU behindert oder sogar unmöglich gemacht werden soll, dann ist es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht des Rats, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

SPD: Wasser kein Menschenrecht

Dass die CDU dies so sieht, ist nachvollziehbar. Sie hat zur Kommunalwirtschaft in unserer Stadt keine klare Position. Schließlich hat sie noch vor zehn Jahren im Bündnis mit der FDP die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (GWG) privatisieren wollen. Aber warum stimmt auch die SPD in Wuppertal mit NEIN? In etlichen Kommunen hat die SPD selbst eine gleichgerichtete Resolution eingebracht, in Dortmund zusammen mit Grünen und LINKEN. Aber in Wuppertal gehen die Uhren anders. Hier ist die SPD Juniorpartner der CDU

**Millionengrab
Döppersberg
Innenstadt zu verkaufen** Seite 2
Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

und darf nicht für eine solche Resolution stimmen. Und wenn sie von den LINKEN kommt, erst recht nicht.

Wasser in Wuppertal Endlich wieder 100% städtisch

Nach dem Verlauf der Diskussion um die Resolution *Wasser ist ein Menschenrecht* ist es mehr als erstaunlich, dass der Rat im weiteren Verlauf der Sitzung einer Vorlage mit großer Mehrheit zustimmt, in der es heißt: „Diese Richtlinie [gemeint ist die Richtlinie der EU, mit der sich die Resolution der LINKEN beschäftigt hat und die mit großer Mehrheit vom Rat abgelehnt wurde] hat eine Öffnung des Wassermarktes zur Folge. Zudem ist es seitens der EU nicht geplant, dass die Konzessionsvergaben verbindlich an soziale, arbeitsrechtliche oder ökologische Zuschlagskriterien gebunden werden, so dass die Gefahr von Qualitätsverschlechterungen und Preiserhöhungen besteht.

Innerhalb der EU gibt es zahlreiche negative Beispiele in der Trinkwasserversorgung, in denen Qualitätsverschlechterungen und Preiserhöhung aufgetreten sind (z. B. London, Portugal).“

Wegen dieser EU-Richtlinie stimmte eine Mehrheit im Rat für den Rückkauf der privaten Anteile an der Wassersparte von GDF/SUEZ und die Gründung des städtischen Eigenbetriebs Wasser und Abwasser. Denn wenn die Wassersparte zu 100% kommunal und in einem eigenen Unternehmen betrieben wird, hat die EU-Richtlinie keine Geltung.

DIE LINKE begrüßt, dass die Wasserversorgung wieder zu 100% in den Besitz der Stadt Wuppertal übergehen soll. DIE LINKE hat stets gegen Verkauf von Anteilen der WSW an Private

gestimmt und sieht sich durch den Rückkauf der privaten Anteile der Wassersparte in ihrer ablehnenden Haltung bestätigt.

Die sogenannte strategische Partnerschaft mit GDF/SUEZ scheint im Bereich der Wassersparte nicht sonderlich erfolgreich gewesen zu sein. Anders ist der rasche Ausstieg nicht zu erklären. In diesem Zusammenhang sollte man sich an die sogenannte strategische Partnerschaft mit RWE erinnern, an die heute weder die Verantwortlichen der WSW noch die Stadtspitze erinnert werden möchten. 2002 euphorisch gefeiert: „Dies ist ein guter Tag für Wuppertal“ – 2007 kläglich gescheitert. Kein Wunder. Denn es ging 2002 nicht um strategische Partnerschaft. Es ging darum, dass durch den Teilverkauf 116 Millionen Euro in die Stadtkasse gespült werden sollten, die dringend benötigt wurden.

66 Mio. Euro zur Schuldentilgung bei den städtischen Kliniken, um sie teilschuldet an Helios übergeben zu können. Die restlichen 50 Mio. sollten als Eigenanteil zur Finanzierung der Projekte der Regionale 2006 zum Einsatz kommen. Das Leuchtturmprojekt der Regionale, der Döppersberg-Umbau, ist ja zurzeit wieder in aller Munde.

WSW GmbH geschwächt

Heute muss nun die WSW GmbH die Anteile zurückkaufen, die von der Stadt an RWE verkauft, an GDF/SUEZ weiterverkauft und für die die Stadt den Verkaufserlös eingestrichen hat. Der Rückkauf durch die WSW GmbH wird nun als ganz normales rentierliches Invest bezeichnet. Wenn das so ist, hätte man 2007 den Vertrag mit RWE einfach dadurch rückabwickeln können, dass die WSW GmbH die Anteile von RWE zurückgekauft hätte. Ganz so einfach ist das nicht, sonst hätte der Kämmerer die ersehnte legale Gelddruckmaschine.

Ein neues Haushaltssanierungskonzept?

Städtische Gesellschaften verkaufen Anteile an Private, die Erlöse bekommt die Stadt, nach einer Schamfrist veranlasst die Stadt, dass diese Anteile von der städtischen Gesellschaft als ganz normales Invest zurück erworben werden. Legale Gelddruckanlage für den Kämmerer und sicherer Weg, die Finanzkraft des besagten städtischen Unternehmens nachhaltig zu schädigen. Aus diesem Grund halten wir es für nachteilig, dass nicht die Stadt, sondern die WSW GmbH die Wassersparte zurückkaufen muss. Wir befürchten, dass dies negative Auswirkungen für die Subventionierung des ÖPNV in Wuppertal haben wird.

Kaufpreis überhöht?

DIE LINKE hat zu keinem Zeitpunkt an eine strategische Partnerschaft mit GDF/SUEZ geglaubt. Dies ist und war nie eine Partnerschaft auf Augenhöhe – GDF/SUEZ ist ein international agierender Megakonzern, und die WSW sind nur normale Stadtwerke. Aufgrund dessen konnte und kann sich GDF/SUEZ in wesentlichen Fragen weitgehend durchsetzen. Für die Stadt und die WSW ist die Neustrukturierung des Unternehmens dringend erforderlich – für GDF/SUEZ ist die Entwicklung der Wassersparte in Wuppertal eine absolut nebensächliche Angelegenheit. Deshalb muss man befürchten, dass beim Preispoker um den Rückkauf der Wasseranteile GDF/SUEZ eindeutig im Vorteil war.

In diesem Zusammenhang kritisieren wir, dass wesentliche Aspekte des Rückkaufs, wie zum Beispiel der Kaufpreis, nur im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung des Rates behandelt wurden. Diese Kritikpunkte ändern allerdings nichts daran, dass wir es ausdrücklich begrüßen, dass die Wassersparte wieder zu 100% in städtischem Besitz ist und somit der Gewinnmaximierung großer Konzerne entzogen ist. ●

Millionengrab Döppersberg?

Ursprünglich sollte der Döppersberg-Umbau 65 Mio. Euro kosten, bald wurde mit 90 Mio. Euro gerechnet. Eigene Mittel hatte die Stadt hierfür nicht. Die mussten durch einen Teilverkauf der Energie- und Wassersparte der WSW beschafft werden. Im Jahr 2009 war die Stadt bei 105,62 Mio. Euro an voraussichtlichen Kosten für den Döppersberg-Umbau angelangt.

Damals galt das Wort: Dieser Betrag ist der Höchstbetrag und wird nicht überschritten. Noch vor wenigen Wochen wehrte sich die Ratsfraktion DIE LINKE deutlich höhere Kosten befürchtete. In der Ratssitzung am 4. März klangen die Aussagen von Verwaltung und Kooperationsfraktionen dann ganz anders: Die Kostendeckelung bei 105,62 Mio. Euro sei nicht zu halten, man habe mit Preisen



von 2007/2008 kalkuliert. Genaues wisse man erst, wenn die Ausschreibungen für Mall und Parkdeck im Frühjahr abgeschlossen seien.

Drei Tage nach der Ratssitzung ruderte der OB zurück und erklärte, dass sich an der Deckelung

des Höchstbetrags nichts ändere und dass Kostensteigerungen durch Einsparungen und Umschichtungen im Projekt erfolgen werden.

So wird vielleicht nichts aus der Verlagerung des Busbahnhofs, und uns WuppertalerInnen bleibt der Döppersberg-See erhalten, so dass er in Zukunft als Wassersportfläche internationales Publikum zu den Resten des Prestigeobjekts locken kann. ●

DIE LINKE.
im Rat

Impressum:

Herausgegeben von
der Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Wuppertal,
Rathaus, Zimmer 242,
Johannes-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal,
Telefon und Fax: 0202 563-6677
www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de
E-Mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ursula Albel, Helin Argav,
Elisabeth August, Dr. Wolfgang Fenner, Hartmut Kissing,
Bernhard Sander, Gerd-Peter Zielezinski
Redaktionsschluss: 18. März 2013
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal
Auflage: 80.000. Die Abgabe erfolgt kostenlos.

der Stadt
Wuppertal



Schulschwimmen in Vohwinkel:

Entweder Mittagessen oder Schwimmunterricht

Mit der Schließung des Bürgerbads Vohwinkel können die SchülerInnen in Vohwinkel nur noch mit großen Einschränkungen den Schwimmunterricht wahrnehmen. Dies erfuhr die schulpolitische Sprecherin und Stadtverordnete der LINKEN, Helin Argav, auf ihre Anfrage bei den Vohwinkeler Schulen. Die SchülerInnen des Gymnasiums Vohwinkel erhalten zur Zeit

gar keinen Schwimmunterricht, da die Stadt die Schwimmzeiten in die Mittagszeit gelegt hat. In dieser Zeit nehmen die SchülerInnen aber ihr Mittagessen ein und so konnte die Schulleitung diese ungünstig gelegenen Schwimmzeiten nicht annehmen.

Für viele GrundschülerInnen ist jetzt die Schwimmstunde mit einem Busausflug zum Schwimmsportleistungszentrum auf Küllenhahn oder zur Schwimmoper verbunden. Für alle gilt aber, dass die Zeit, die jedes Kind im Wasser verbringen kann, geringer ist als beim Unterricht im Bürgerbad. Auch können die noch vorhandenen Bäder die zusätzlichen SchülerInnen nicht im nötigen Umfang aufnehmen. Probleme bereitet aber auch der Bustransport, da nicht genügend Fahrzeuge zur Verfügung stehen.

Dies sieht alles nach Fehlplanungen des Schul- und Sportdezernenten Matthias Nocke aus. ●

Wo bleibt der Elternwille bei der Schulplanung?

In der vergangenen Ratssitzung mussten die Stadtverordneten wieder einmal weiteren Schulschließungen in Wuppertal zustimmen. Die gesunkenen Anmeldezahlen an drei Wuppertaler Hauptschulen ließen leider keine andere Lösung zu. In ihrer Rede zum Antrag der Verwaltung betonte die schulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE, Helin Argav, dass es schon seltsam ist, dass überhaupt nicht die Spur einer Schulentwicklungsplanung für Wuppertal zu sehen sei. Vom zuständigen Dezernenten gibt es nur Reaktionen auf Ereignisse, die zu dem misslichen Umstand führen, dass nun von den vorhandenen Hauptschulen außer der kath. St. Laurentius-Hauptschule keine einzige im Wuppertaler Westen liegt, dafür aber deren vier im Bereich der

Bezirksvertretung Barmen. Sieht so Schulentwicklungsplanung aus?

Die Ratsfraktion DIE LINKE bedauert die auslaufende Schließung der drei Hauptschulen zum neuen Schuljahr. Die Hauptschulen haben eine ausgezeichnete Arbeit geleistet; teilweise ist das wortwörtlich zu nehmen, denn die Hauptschule Dieckerhoffstraße hat vor einigen Jahren einen deutschen Hauptschulpreis gewonnen, überreicht vom Bundespräsidenten Köhler. Ferner hat die Schule bei den Lernstandserhebungen zweimal als beste bestanden und ist von den jeweiligen KultusministerInnen prämiert worden. Unser OB hat mit den Worten gratuliert: „Sie haben auch mit dazu beigetragen, Wuppertal als Bildungsstandort zu profilieren.“



Im Schulausschuss wurde der Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE, eine nötige flächendeckende Elternbefragung zu den bevorzugten weiterführenden Schulen durchzuführen, von der Mehrheit abgelehnt. Es ist also zu befürchten, dass die so dringende Schulentwicklungsplanung in Wuppertal weiterhin vom Zufallsprinzip abhängig bleibt. ●

Letzte Meldung: Hellwach gegen rechts?

Gerd-Peter Zielezinski festgenommen

Der Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der LINKEN ist am Sonntag, dem 17. März, festgenommen worden und musste fast zweieinhalb Stunden in Polizeigewahrsam verbringen, und zwar in einer Zelle im Polizeigefängnis im Präsidium. Sein Vergehen: Er hat an einer Gegendemonstration gegen einen Naziaufmarsch teilgenommen.

Zielezinski sagte nach seiner Freilassung am Abend: „Auch dieser massive, jeder Verhältnismäßigkeit Hohn sprechende Polizeieinsatz wird mich in Zukunft nicht davon abbringen, mich den Nazis und ihren menschenverachtenden Parolen in den Weg zu stellen. Verherrlichung der Nazigräuere, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit dürfen in Wuppertal und anderswo keinen Platz haben.“ ●

Foto: Ralph Kettler





Döppersberg-Umbau und Erweiterung der City-Arkaden – diese bedeutenden Bauvorhaben bestimmen gegenwärtig, was mit Elberfeld während der nächsten Jahre geschehen wird.

Schon die Anlage der City-Arkaden in ihrer jetzigen Form ist durchaus problematisch: Neue Firmen haben sich in dem „Shopping-Center“ kaum niedergelassen. Vor allem sind Kettenfirmen eingezogen, die ihre bisherigen Standorte in Elberfeld aufgegeben haben oder sich selbst Konkurrenz machen. Zudem wurde die Morianstraße überbaut, so dass sie in Höhe der Überquerung der Wupper für Fußgänger praktisch nicht mehr nutzbar ist. Städtebauer sind sich einig, dass solche Angsträume vermieden werden sollen. Aber der Betreiber der City-Arkaden (Firma ECE) hat seinen Willen vor mehr als zehn Jahren eben durchgesetzt. Und wenn ein Investor etwas will, so soll er doch nicht abgeschreckt werden, oder?

Jetzt geht es weiter. Überbaut werden soll die Straße Kipdorf zum Platz am Kolk. Ein entsprechender Bebauungsplan wurde im Februar aufgestellt. Fest steht: Der Platz könnte besser und ansprechender genutzt werden. Und das alte Postgebäude ist inzwischen zu einem Schandfleck verkommen und wird nicht saniert. Aber muss das heißen, dass öffentliche Plätze und Gebäude an private Investoren verkauft werden?

Viele Einzelhandelsgeschäfte werden betroffen sein. Und ganz gewiss können sich nicht viele Geschäfts-Inhaber/innen leisten, künftig bei der Firma ECE Räume anzumieten und ihren bisherigen Standort aufzugeben. Entsprechend groß sind die Unruhe und der Unmut in Elberfeld. Die gewachsene Struktur mit ihren Besonderheiten soll jedenfalls aufgegeben werden und Elberfeld an dieser Stelle ein Stadtbild erhalten, das es mit vielen anderen Städten verwechselbar macht. Ein guter Tag für Elberfeld? Nein!

Zeitgleich kam dann die Kunde, dass der famose Umbau Döppersberg wohl doch teurer werden wird als geplant. Ganz sicher ist es nicht angemessen, das Bauvorhaben mit Projekten wie dem Großflughafen BER(lin) zu vergleichen. Aber in der letzten Ratssitzung zeigte sich deutlich: Niemand weiß, woher neues Geld kommen soll. Mittel aus Düsseldorf sind nicht zu erwarten. Der Beitrag des Landes NRW ist begrenzt und wurde längst eingeplant. Oberbürgermeister und Kämmerer erklärten dazu dann auch nur: Wenn neues Geld gebraucht wird, muss der Rat einen entsprechenden Beschluss fassen. **Nur wurde durch einen Ratsbeschluss noch nie ein einziger Cent frischen Geldes produziert!** DIE LINKE im Rat sieht sich also bestätigt: Das Großprojekt Döppersberg-Umbau konnte und kann die Stadt nicht leisten. Ein bescheidenerer Umbau zur besseren Anlage des Busbahnhofes wäre angezeigt gewesen. Insoweit steckt der Umbau jetzt in einer Sackgasse:

Würden die Pläne aufgegeben, müsste die Stadt bisherige Zuschüsse an das Land NRW zurückzahlen – und hätte eine unfertige Großbaustelle mitten in ihrem „Eingangstor“. Wird der Umbau fortgeführt, bleibt die große Preisfrage, woher zusätzliches Geld kommen soll. Vielleicht sollte der See in der Baugrube für die neue Bushaltestelle doch in ein Freibad verwandelt werden? ●

Anzeige

DIE LINKE.

Kreisverband Wuppertal

U3-KiTa-Ausbau in Wuppertal

Ein Riesenproblem für Eltern in Wuppertal ist der Mangel an KiTa-Plätzen, besonders für Unter-3-Jährige („U3“ genannt). Einen U3-KiTa-Platz in Elberfeld zu ergattern, kommt einem 6er im Lotto gleich. KiTas sind entweder ausgebucht, haben gar keine oder nur für Geschwisterkinder reservierte U3-Plätze. Lange Wartelisten und verzweifelte Eltern sind die Folge.

Laut Statistischem Bundesamt zählte Wuppertal noch im März 2012 zu den Städten, die bundesweit die geringste Versorgungsquote mit U3-Plätzen hatten: Es standen bloß für rund 11 Prozent der Unter-Dreijährigen Plätze in KiTas oder Tagespflege zur Verfügung. Im kommenden KiTajahr sind für ca. 26% der Kinder Plätze eingerichtet sein. Die Stadt hatte ursprünglich zur Erfüllung des Rechtsanspruches bis August geplant für 40% der Kinder einen Betreuungsplatz anzubieten.

Über die Planung und Fortschritte beim U3-Ausbau in Wuppertal sowie über dessen aktuelle Probleme und Herausforderungen möchten wir mit Ihnen ins Gespräch kommen. Als Referentin spricht Carolin Butterwegge, kinderpolitische Sprecherin des Landesvorstands DIE LINKE.NRW.

Dazu laden wir Sie herzlich zu unserer Veranstaltung „U3-KiTa-Ausbau in Wuppertal: Fortschritte und Probleme“ ein für Dienstag, den 9. April ab 19.00 Uhr in der der Alten Feuerwache, Gathe 6, 42107 Wuppertal-Elberfeld.